GEMEINDEAMT SCHWARZENBERG
A-6867 Schwarzenberg, Bregenzerwald

17. Jänner 2017
Betr.oec. Josef Behmann
T 05512 2948-11
F 05512 2948-14
josef.behmann@schwarzenberg.cnv.at

Zahl: GS-0001-0062-2017

P R O T O K O L L

über die 18. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung **am Montag, 16. Jänner 2017 um 20.00 Uhr** im Gemeindeamt (2. Obergeschoß).

Anwesende

Vorsitzender Bürgermeister Armin Berchtold

Gemeindevertreter	**Fraktion**		**Ersatz**
V-bgm. Mag. Markus Flatz	Bürgerliste		
Marlis Sejkora	Bürgerliste		
Herbert Düringer	Bürgerliste		
Anton Greber	Bürgerliste		
Ing. Andreas Wolf	Bürgerliste		
Hans Metzler	Bürgerliste		
Franz-Anton Kaufmann	Bürgerliste		
Marina Stiehle	Bürgerliste		
Ing. Klaus Lang	Bürgerliste		
Gerhard Sutterlüty	Bürgerliste		
Mag. Konrad Berchtold	Bürgerliste	entschuldigt	Markus Strolz MBA
Grete Schultz	Bürgerliste		
Lothar Sieber	Bürgerliste		
Josef-Anton Schmid	Bürgerliste		
Angelika Flatz	Bürgerliste		
Marga Knauseder	Bürgerliste		
Heinrich Olsen	Bürgerliste	entschuldigt	Manuela Steiner-Peter

Zuhörer: Karl Schuh, Josef Greber (Moos), Jakob-Franz Greber, Edwin Berchtold, Christian Feurstein, Herbert Greber

Sitzungsende: 24.00 Uhr

Protokollfertiger: Josef Behmann

T A G E S O R D N U N G

1.	**Eröffnung und Begrüßung** Bürgermeister Armin Berchtold eröffnet um 20.00 Uhr die 18. öffentliche Gemeindevertretungssitzung im Sitzungszimmer des Gemeindeamtes und begrüßt die anwesenden GemeindevertreterInnen, sowie die Zuhörer Karl Schuh, Josef Greber, Jakob-Franz Greber, Edwin Berchtold, Christian Feurstein, Herbert Greber und die heutigen Referenten Frau Dr.in Kriemhild Büchel-Kapeller und Mag. Peter Swozilek. Die Sitzungseinladung wurde zusammen mit dem Protokollentwurf der 17. Gemeindevertretungssitzung vom 19. Dezember 2016 per Mail am 11. Jänner 2017 versandt und an der Amtstafel, sowie im Tanzhaus angeschlagen. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Entschuldigt haben sich Mag. Konrad Berchtold, Heinrich Olsen und das erste Ersatzmitglied Betr.oec. Siegfried Kohler. Es wurden daher die Ersatzmitglieder MBA Markus Strolz und Manuela Steiner-Peter geladen. Antrag von Bürgermeister Armin Berchtold, den zusätzlichen Tagesordnungspunkt 4.f) aufzunehmen. Dieser lautet: Änderung Bürgermeisterbezug und Bezug Vizebürgermeister. Einstimmige Genehmigung. Antrag von Bürgermeister Armin Berchtold, Frau Dr.in Kriemhild Büchel-Kapeller und Mag. Peter Swozilek als Auskunftsperson zu Tagesordnungspunkt 2 zu zulassen. Einstimmige Genehmigung. Die heutige Tagesordnung lautet wie folgt: 1. Eröffnung und Begrüßung 2. Büro für Zukunftsfragen stellt die mögliche Zusammenarbeit mit dem Zukunftsausschuss vor 3. Genehmigung Protokoll der 17. Gemeindevertretungssitzung vom 19. Dezember 2016 4. Beschlussfassungen und Vergaben a) Verpachtung Liegenschaften Stiegeln b) Grundsatzbeschluss Güterweg Maien-Lorena c) Änderung Beschlussfassung Beteiligung am Stammkapital der Alpen Arte Schwarzenberg Bregenzerwald gemeinnützige GmbH vom 18. Juli 2016 d) Offertverkauf „Hof 30“ (Konsum) e) Antrag auf Optionsfreigabe von Marco Rusch für Grundstück 10524/3 f) Änderung Bürgermeisterbezug und Bezug Vizebürgermeister 5. Umwidmungen a) Antrag auf Umwidmung von Georges Trinquand für Grundstück 2257/9 von Bau-Wohngebiet nur Ferienhäuser (BW Fn) in Bau-Wohngebiet (BW) b) Antrag auf Durchführung des Auflageverfahrens zur Änderung der Bezeichnung der Vorbehaltsflächen auf Grund der neuen Planzeichenverordnung c) Antrag auf Durchführung des Anhörungsverfahrens zum Umwidmungsantrag von Hubert Peter für die Grundstücke 10524/3 und 10524/4 d) Antrag auf Durchführung des Anhörungsverfahrens zum Umwidmungsantrag von Tobias Kaufmann für Grundstück 10481 e) Antrag auf Durchführung des Anhörungsverfahrens Bebauung Freien (Hans Metzler für Grundstück 10476 und Ludwig Kohler Grundstück 10459/1) 6. Allfälliges

2.	**Büro für Zukunftsfragen stellt die mögliche Zusammenarbeit mit dem Zukunftsausschuss vor** Marlis Sejkora gibt eingangs des Tagesordnungspunktes einen Überblick über die Entstehung der angedachten Zusammenarbeit und stellt die beiden Referenten kurz vor. Dr.in Kriemhild Büchel-Kapeller und Mag. Peter Swozilek vermitteln in weiterer Folge den anwesenden GemeindevertrerterInnen die mögliche Zusammenarbeit des Büros für Zukunftsfragen mit dem Zukunftsausschuss der Gemeinde Schwarzenberg mittels Powerpointpräsentation. Dr.in Büchel-Kapeller führt aus, dass jede Gemeinde ihr „Ding" selber machen muss. Basis der angedachten Zusammenarbeit sind die durchgeführten Dorfgespräche vom vergangenen Winter und Frühjahr. Es gilt Entscheidungsgrundlagen gemeinsam zu schaffen. Die Grundsatzfrage bei der Entwicklung von Ideen und Projekten ist: In welchem Schwarzenberg wollen wir leben? Aus Sicht von Frau Dr.in Büchel-Kapeller ist das Sozialkapital, das eine hohe WIR-Qualität voraussetzt. Die Vorteile von hohem Sozialkapital werden erläutert und einschlägige Lektüre empfohlen. Das Hauptproblem der Zukunft werden Einsamkeit und Verlassenheit werden. Psychische Krankheiten werden gegenüber physischen Krankheiten über Hand nehmen. Die persönliche Beziehung wird im Zeitalter der globalen Vernetzung und Verkabelung noch wichtiger. Ein gegenseitiges Geben und Nehmen ist erforderlich. Eingefahrene Geleise müssen verlassen werden, um vor allem im Bereich der Bildung, Gesundheit und anderen Bereichen, die in der Vergangenheit geschaffenen Probleme für die Zukunft lösen zu können. Eine lebenswerte Zukunft braucht ein Miteinander und Beteiligung. Es gilt ein WIR-Gefühl zu schaffen, um ein Miteinander zu ermöglichen. Laut Stephen Hawking führt fehlende Empathie zur Katastrophe. Dabei ist der Blick für das Ganze erforderlich. Es gilt die Weichen für die Zukunft zu stellen. Das Büro für Zukunftsfragen bietet dabei eine Startbegleitung von rund 1 bis 1 ½ Jahren an (Bewußtseinsbildung). Die Umsetzungsprojekte müssen dann in die Selbstorganisation übergehen. Peter Swozilek ergänzt die Ausführung dahingehend, dass die Beteiligung in gegebenen Strukturen stattfindet. Miteinander nachdenken, wo sich alle wieder finden. Klarer und bewusster Auftraggeber muss die Gemeindevertretung sein und kann nicht eine einzelne Gruppe oder Person sein. Der Zukunftsausschuss wird einen Plan entwerfen, der im Plenum beschlossen wird. Der mögliche Projektablauf wird inhaltlich und zeitlich erläutert. An Kosten fallen rd. € 2.500,00 für die Begleitung und Moderation an. Auf Nachfragen von Hans Metzler ist ein Zeitaufwand von rd. 20 – 30 Stunden damit verbunden. Lothar Sieber sieht diese Herangehensweise als vernünftige Sache und wünscht sich eine Umsetzung. Er weist darauf hin, dass in der Gemeindevertretung laufend berichtet wird und ohne Zustimmung der Gemeindevertretung auch nichts passiert. Antrag von Marlis Sejkora als Vorsitzender des Zukunftsausschusses, dass die Gemeindevertretung den Zukunftsausschuss beauftragt, mit dem Büro für Zukunftsfragen Ideen über mögliche Projekte auszuarbeiten. In einer der nächsten Gemeindevertretungssitzungen werden die erarbeiteten Projekte vorgestellt. Die Umsetzung dieser Projekte muss dann von der Gemeindevertretung wieder beschlossen werden. Der Antrag wird von der Gemeindevertretung einstimmig genehmigt. Nach dem Dank für die informativen und ausführlichen Erläuterungen von Marlis Sejkora und Bürgermeister Armin Berchtold verlassen die beiden Referenten das Sitzungszimmer.

3.	**Genehmigung Protokoll der 17. Gemeindevertretungssitzung vom 19. Dezember 2016** Das Protokoll der 17. Gemeindevertretungssitzung vom 19. Dezember 2016 wird auf Antrag von Vizebürgermeister Mag. Markus Flatz, mit folgender Änderung einstimmig genehmigt. Ergänzung von Hans Metzler für Seite 5. In der ersten Zeile wird folgender Satz eingefügt: **Die größte Investition im Budget stellt der Neubau der Mittelschule Egg mit € 1.250.000,00 (Kostenstelle 2120) dar.** Nach der Protokollgenehmigung ist es Bürgermeister Armin Berchtold ein großes Anliegen, einige Gedanken, die ihm in den vergangenen 2 Monaten durch den Kopf gegangen sind, mitzuteilen. An oberster Stelle steht für ihn die persönliche Gesundheit, die einfach am Wichtigsten ist. Alle GemeindevertreterInnen und Ersatzleute in die Gemeindevertretung sind angelobt und dazu angehalten, die behandelten Tagesordnungspunkte in Unterausschüssen vertraulich zu behandeln. Unterausschüsse haben eine beratende und vorbereitende Funktion. Beschlussfassungen sind nur durch die Gemeindevertretung möglich. Unser Bürgermeister bittet auch, die Redezeiten so knapp als möglich zu halten (bei der Sache bleiben). Er führt weiter aus, dass er sich persönlich verändern muss und daher jeweils am Donnerstag Vormittag nicht auf dem Gemeindeamt anwesend sein wird. Es ist ihm auch ein Bedürfnis, dass die Obleute der Unterausschüsse künftig selber in der Gemeindevertretung berichten. Diese Veränderungen bedingen eine strikte Trennung zwischen Verwaltung und Politik (2 Paar Schuhe), die eine direkte Einbindung der Verwaltung in verschiedene Abläufe erforderlich machen. Konkret sind dies neben der bisherigen Protokollierung der Gemeindevertretungs- und Gemeindevorstandssitzungen auch die Protokollführung im Flächenwidmungsplan- und Bauausschuss. Ergänzend dazu wird es auch erforderlich sein, dass die Verwaltung in eigener Sache Öffentlichkeitsarbeit macht und deren Aufgaben und Tätigkeiten transparent darstellt. Anliegen können jederzeit auf dem Gemeindeamt vorgebracht werden und dann in den zuständigen Gremien darüber beraten und entschieden. Bürgermeister Armin Berchtold bedankt sich speziell bei Vizebürgermeister Mag. Markus Flatz für das gezeigte Engagement und den persönlichen Einsatz während seiner Abwesenheit. Der Gemeindevorstand hatte es sich zum Ziel gesetzt, dass die Bevölkerung nicht spüren soll, dass der Bürgermeister nicht da ist. Dies ist aus seiner Sicht gesehen, gut gelungen, da alles weitergelaufen ist.
4.	**Beschlussfassungen und Vergaben** **a) Verpachtung Liegenschaften Stiegeln laut Ausschreibung** Die Liegenschaften Stiegeln (alte Fußballplätze) wurden bisher mit 1-jährigen Verträgen an Thomas Greber, Loch verpachtet. Als Grund ist zu sehen, dass dort ein Trinkwasserschutzgebiet in Ausarbeitung ist. Nach Rücksprache mit Ing. Andreas Wolf muss ab dem kommenden Jahr mit Bewirtschaftungseinschränkungen (nicht die ganze Fläche, keine bzw. nur geringfügige Düngung möglich) gerechnet werden, da das Projekt nun in die Umsetzungsphase geht und geklärt wird, wo der ideale Brunnenstandort sein muss. Daraufhin hat Thomas Greber erklärt, dass er dann nicht mehr bereit ist, die Pacht in dieser Höhe weiter zu zahlen. Es kam zu einer öffentlichen Ausschreibung, die vom 10.11. bis 5.12.2016 öffentlich ausgehangen ist (Tanzhaus und Amtstafel). Bis zum Abgabetermin – 2.12.2016 ist lediglich ein Angebot von Anton

Greber, Buchen eingegangen. Auf der letzten Gemeindevertretungssitzung wurde übereingekommen, dass die Liegenschaften Stiegeln noch einmal ausgeschrieben werden sollen. Dies ist im Zeitraum 21.12.2016 bis 10.1.2017 erfolgt. Angebote sind eingegangen von Thomas Greber und Anton Greber.

Antrag von Bürgermeister Armin Berchtold, die Liegenschaften Stiegeln, an den Bestbieter Thomas Greber, auf 1 Jahr, zu vergeben. Der Antrag wird einstimmig genehmigt.

b) Grundsatzbeschluss Güterweg Maien-Lorena

Protokollauszug Gemeindevorstand vom 10. Jänner 2017

Kernthema der Beratungen ist die Frage, soll die Weganlage eine Genossenschaft bleiben oder soll diese zu einer Gemeindestraße erklärt werden. Bürgermeister Armin Berchtold erläutert, dass es eigentlich keine Gründe gibt, den Beschluss zur Gemeindestraße aufzuheben (Hauptwohnsitze und überörtliche Bedeutung). Vermessung und Sanierung übernimmt die Güterweggenossenschaft. Förderung mit rd. 60 – 70%. Die erste Grobkostenschätzung liegt bei rd. € 400.000,00. Danach Auflösung der Genossenschaft und Übernahme durch Gemeinde. Sanierungen danach werden noch mit 50% gefördert. Sämtliche Interessentenbeiträge, seit 1972 wurden durch die Gemeinde übernommen. Die Genossenschaftsmitglieder mussten bisher keine Beiträge leisten. Für den Bürgermeister ist klar, dass die Gemeindestraße bis zum verordneten Endpunkt (Umkehrplatz vor Wald) verläuft. Danach soll es eine Güterweggenossenschaft bleiben. Die restliche Weganlage soll eine Güterweggenossenschaft bleiben, da es viele weitere Beispiele in Schwarzenberg gibt, die ähnlich gelagert sind (Dickach, Buchen, Bächler, etc.). Ob die restliche Weganlage mit der Güterweggenossenschaft Berg-Breitentobel zusammengelegt wird oder in der Selbstverwaltung bleibt, ist Sache der Güterweggenossenschaft Maien-Lorena.

Für V-bgm. Mag. Markus Flatz und Herbert Düringer sind die Argumente von Bgm. Armin Berchtold logisch und nachvollziehbar. Allerdings ist es für die Beiden nicht logisch, warum die Gemeindestraße dann nicht gleich bis zu deren Ende verläuft. Die Begründung für Markus und Herbert ist die überörtliche Bedeutung, dass die Gemeindestraße verlängert wird. Anton Greber versteht nicht, warum die Güterweggenossenschaft nicht im Stande ist, eine Selbstverwaltung zu machen. Er sieht jedoch, dass wenn es keine Möglichkeit gibt die Gemeindestraßenverordnung aufzuheben, die Gemeinde nicht drum herum kommt, die Weganlage zu übernehmen. Es muss rechtlich abgesichert sein, dass die Gemeinde den Gemeindestraßenbeschluss aus dem Jahre 1972 nicht rückgängig machen kann. Dies ist auf Grund der vorliegenden Stellungnahme des AdVLR der Fall, da sich die wesentlichen Gründe für die Gemeindestraßenerklärung (Hauptwohnsitze, Überörtlichkeit) seit dem damaligen Zeitpunkt nicht verändert haben. Die grundsätzliche Bereitschaft der Güterweggenossenschaft ist gegeben, den zu fassenden Beschluss umzusetzen. Die Weganlage ist in der Hinsicht einzigartig, als dass eine Überörtlichkeit gegeben ist und diese die Doppelfunktion (Güterweggenossenschaft und Gemeindestraße) aufweist. Der Gemeindevorstand hat auf seiner letzten Sitzung über diese Thematik ausführlich beraten und schlägt der Gemeindevertretung folgende Beschlussfassung vor:

Vermessung, kostenlose Grundbeistellung und Sanierung der Weganlage durch die Güterweggenossenschaft bis zur Passhöhe (Ende Weganlage GWG Greban-Lorena). Übernahme des gesamten Interessentenbeitrages durch die Gemeinde. Auflösung der Güterweggenossenschaft und Übernahme der Weganlage bis zur Passhöhe in das

	Gemeindestraßennetz. Für V-bgm. Mag. Markus Flatz fallen die Gründe für die seinerzeitige Verordnung als Gemeindestraße nicht weg. Daher kann die Gemeindestraßenverordnung für ihn nicht aufgehoben werden. Den Endpunkt der Gemeindestraße sieht er künftig auf der Passhöhe. Hans Metzler hinterfragt die bisherigen Eigenleistungen der Güterweggenossenschaft. Diese bestanden darin, dass Gräben geräumt, Förderungen beantragt, Aufträge vergeben und dann mit den Förderstellen abgerechnet wurden. Der bei der Gründung der Güterweggenossenschaft ausgearbeitete Interessentenschlüssel kam nie zur Anwendung. Der Bauhof hat fallweise auch Gräben geräumt oder mit Kaltasphalt Löcher geflickt. Josef-Anton Schmid will in Erfahrung bringen, was sich die Güterweggenossenschaft vorstellt. Der als Zuhörer anwesende Edwin Berchtold hält klar fest, dass die Weganlage vermessen, Grund beigestellt, der Weg saniert, die Güterweggenossenschaft aufgelöst und die Weganlage in das Gemeindestraßennetz übernommen werden soll. Er weist weiter darauf hin, dass 80% der BenützerInnen der Weganlage dort eigentlich nicht fahren dürften. Für Lothar Sieber ist Grundbedingung, dass eine kostenlose Grundbeistellung zu erfolgen hat. Ing. Klaus Lang regt an, dass aus Sicht der Förderung die Güterweggenossenschaft bleiben soll und die Gemeinde die Interessentenbeiträge übernimmt (wie gehabt). V-bgm. Markus Flatz weist nochmals darauf hin, dass eine Doppelgleisigkeit der Weganlage (Güterweggenossenschaft und Gemeindestraße) nicht mehr geht. Entweder ist die Weganlage ein Güterweg oder eine Gemeindestraße. Für Anton Greber machen 2 Wegabschnitte mit einem Teil Gemeindestraße und einem Teil Genossenschaft, keinen Sinn. Für Marga Knauseder hat den Eindruck, dass es nur eine Möglichkeit gibt. Hans Metzler ist es wichtig, dass das Vorhaben rechtlich sauber gemacht wird. Die Förderungsschlüssel müssen künftig gewährleistet sein. Auf diesen Umstand ist bei der Kommunikation mit der Agrarbezirksbehörde hinzuweisen. Negativ sieht er, dass der Wegmeister ab Handen kommt und damit wichtige Information fehlen werden. Altbürgermeister Jakob-Franz Greber, der ebenfalls als Zuhörer anwesend ist, erlaubt sich darauf hinzuweisen, dass die Hauptbegründung zur Verordnung eines Teiles der Weganlage als Gemeindestraße nach wie vor gegeben ist. Auch heute befinden sich noch Hauptwohnsitze (Edwin Berchtold, Gsäß und Elfriede Berchtold, Höhe) im Einzugsbereich der Weganlage. Weiters münden 3 Weggenossenschaften in die Weganlage. Vizebürgermeister Mag. Markus Flatz sieht eine „schwammige" Formulierung bei der Hauptwohnsitzanzahl, im Zusammenhang mit der Verordnung zu Gemeindestraßen, als gegeben. Josef-Anton Schmid sieht kommen, dass dann bereits morgen andere Güterweggenossenschaften einen Antrag auf Übernahme als Gemeindestraße stellen werden. Allerdings sieht er die Überörtlichkeit als gegeben an und bringt einen Vergleich mit der Güterweggenossenschaft Klausberg, bei der er Obmann ist. Ing. Klaus Lang hinterfragt die voraussichtliche Budgetwirksamkeit der anfallenden Kosten. Aus Sicht von Bürgermeister Armin Berchtold wird dies frühestens 2018 sein, da die Güterweggenossenschaft die Grundbeistellungen erwirken muss und bis im Vorfeld das erforderliche Projekt ausgearbeitet und umsetzungsreif ist, wird es dauern. Abschließend weist unser Bürgermeister darauf hin, dass das Land als Fördergeber bisher die Doppelgleisigkeit (Güterweg und Gemeindestraße) stillschweigend akzeptiert hat, dies aber künftig nicht mehr tun wird. In weiterer Folge wiederholt Bürgermeister Armin Berchtold den Vorschlag des Gemeindevorstandes und bringt diesen zur Abstimmung. Gerhard Sutterlüty nimmt wegen Befangenheit an der Abstimmung nicht teil. Mit der Gegenstimme von Josef-Anton Schmid wird der Auflösung der Güterweggenossenschaft und Übernahme der Weganlage bis zur Passhöhe in das Gemeindestraßennetz, unter den Bedingungen, dass eine Vermessung der Weganlage durchgeführt, kostenlose

Grundbeistellung der GrundbesitzerInnen erfolgt und die Sanierung der Weganlage durch die Güterweggenossenschaft gemacht wird, bei Übernahme des gesamten Interessentenbeitrages durch die Gemeinde, Auflösung der Güterweggenossenschaft und Übernahme der Weganlage bis zur Passhöhe in das Gemeindestraßennetz mehrheitlich zugestimmt.

c) Änderung Beschlussfassung Beteiligung am Stammkapital der :alpenarte Bregenzerwald / Schwarzenberg gemeinnützige GmbH vom 18. Juli 2016

Die Gemeindevertretung hat auf der Sitzung vom 18. Juli 2016 die Beteiligung am Stammkapital der :alpenarte Bregenzerwald / Schwarzenberg gemeinnützige GmbH mit einer Nominale von € 5.000,00, wovon € 2.500,00 bar beigesteuert wurden, einstimmig beschlossen. Auf der Gemeindevertretungssitzung am 19. September 2016 wurde das Protokoll der Sitzung vom 18. Juli 2016 genehmigt. Nach Genehmigung des Protokolls wurde der Gesellschaftsvertrag zur aufsichtsbehördlichen Genehmigung der Gebarungskontrolle im Amt der Vorarlberger Landesregierung vorgelegt. Die Genehmigung wurde bisher nicht erteilt. Aus Sicht der Aufsichtsbehörde, besteht zwischen Protokoll der Gemeindevertretung und Gesellschaftsvertrag eine Formulierungsdifferenz, die eine Genehmigung nicht möglich machen. Mit Herrn Ortner von der Gebarungskontrolle wurde folgende Protokolländerung besprochen.

Protokoll vom 18. Juli 2016 / 14. Zeile / folgender Satz: **Die GmbH ist operativ auch nicht tätig (kein Konzertveranstalter).**

Dieser Satz ist wie folgt zu ändern: **Die GmbH ist operativ tätig, die unter anderem auch Konzerte veranstaltet.**

Amtswegiger Antrag auf Änderung des Gemeindevertretungsprotokolls vom 18. Juli 2016 wie im vorhergehenden Absatz formuliert. Einstimmige Genehmigung durch die Gemeindevertretung.

d) Offertverkauf „Hof 30“ (Konsum)

Auf der Dezember Sitzung des Gemeindevorstandes wurde darüber gesprochen, ein Angebot für den öffentlichen Verkauf des Konsumgebäudes abzugeben. Es stellt sich die Grundsatzfrage, was die Gemeinde mit dem Gebäude machen will. Marlis ist es ein Anliegen, dass für das Objekt ein Angebot abgegeben werden soll, um Alternativen für Mietwohnungssuchende oder Wohnungskaufsuchende anzubieten. Über dieses Vorhaben soll auf der Gemeindevertretungssitzung nun beraten werden. Ing. Klaus Lang als Aufsichtsratvorsitzender der Konsumgenossenschaft berichtet, dass sich Vorstand und Aufsichtsrat der Genossenschaft mit der Thematik Verkauf ja / nein befasst haben. Der Konsum sieht seine Kernaufgabe in der Nahversorgung und nicht in der Immobilienentwicklung. Sein Informationsstand ist der, dass regionale Bauträger und Firmen Angebote gelegt haben. Wie hoch diese sind, ist ihm nicht bekannt. Für Bürgermeister Armin Berchtold ist die Lage des Gebäudes sehr exponiert. Ein Abriss mit Neubau ist sehr schwierig (Bauabstand Landesstraße). Bei einer Sanierung kann das Gebäude so bleiben. Es stellt sich die Grundsatzfrage ob ein Angebot abgegeben werden soll oder nicht. Manuela Steiner-Peter will in Erfahrung bringen, wie das Gebäude beieinander ist. Bürgermeister Armin Berchtold veranschlagt eine umfassende Sanierung mit rd. € 2 Mio (Grobschätzung). Ing. Klaus Lang weist darauf hin, dass sich die Genossenschaft bei den laufenden Gesprächen in alle Richtungen alles offen halten will. Mittelfristig muss allerdings, aus seiner Sicht gesehen, eine Entscheidung fallen. Grete Schultz sieht diesen Standort als idealer Platz für eine Arztpraxis. Lothar Sieber hinterfragt warum ein ganzes Gebäude für eine Praxis gekauft werden soll, wenn bei Neubauten der jüngeren Vergangenheit keine Flächen gesichert wurden. Die Lage des Gebäudes und die Anzahl der Parkplätze sieht er kritisch, da die

interessantesten Parkplätze sich nicht im Eigentum des Konsum befinden (andere Straßenseite). Marina Stiehle sieht die Lage direkt an der Straße als nicht ideal. Für sie ist eine Arztpraxis beim Sonnhof die bessere Lösung. Für Marina wäre es die bessere Variante, wenn Wohnungen gebaut werden. Marlis Sejkorea sieht die dringende Notwendigkeit, dass Mietwohnungen vorhanden sein sollten. Ebenso sollten Mietkaufwohnunge als Alternative für junge SchwarzenbergerInnen angedacht werden. Bürgermeister Armin Berchtold sieht für die Entwicklung von Immobilien, bei der Gemeinde und Genossenschaften eine Trägheit. Bei Vermietung von Wohnungen ist die Gemeinde voll im Immobilienbereich tätig und er sieht keinen Grund, warum die Gemeinde in Vorleistung gehen soll. Im Bereich der Marktanne ist ein Projekt im entstehen, wo Eigentums- und Mietwohnungen geschaffen werden. Hans Metzler sieht die Gemeinde als schlechte Unternehmer und keine Notwendigkeit, mit dem Kapital der BürgerInnen solche Projekte anzugehen, um damit einzelne Mieter zu fördern. Er sieht, dass die Gemeinde attraktivere Projekte hat und will lieber dort investieren. Eine Gemeinde hat aus seiner Sicht gesehen, ganz andere Bedürfnisse. Josef-Anton Schmid sieht, dass private Wohnungsträgen „fremde“ BewohnerInnen anziehen und dass Einheimische auf der Strecke bleiben.

Bürgermeister Armin Berchtold macht den Vorschlag, dass derzeit kein Angebot gelegt und abgewartet werden soll. Ing. Klaus Lang nimmt wegen Befangenheit an der Abstimmung nicht teil. Diese Vorgehensweise wird von der Gemeindevertretung, mit den Gegenstimmen von Marlis Sejkora und Angelika Flatz mehrheitlich befürwortet.

e) Antrag auf Optionsfreigabe von Marco Rusch für Grundstück 10524/3

Manuela Steiner-Peter ist bei diesem Tagesordnungspunkt befangen und nimmt an der Beratung nicht teil. Sie verlässt das Sitzungszimmer. Bürgermeister Armin Berchtold führt aus, dass der Antrag auf Optionsfreigabe grundsätzlich positiv gesehen wird. Um eine Gleichbehandlung gegenüber den anderen Bebauungsgebieten und den damals betroffenen BauwerberInnen zu gewährleisten, schlägt Bürgermeister Armin Berchtold vor, dass die Optionsfreigabe erst dann erfolgt, wenn die Grundteilung und Umwidmung erfolgt ist. Daher wird dieser Tagesordnungspunkt, bis zur Erledigung Grundteilung und Umwidmung einstimmig vertagt.

f) Änderung Bürgermeisterbezug und Bezug Vizebürgermeister

V-bgm. Mag. Markus Flatz wird fixe Amtsstunden abhalten, da er von Bürgermeister Armin Berchtold den Vorsitz im Flächenwidmungsplanausschuss übernommen hat. Diese werden jeweils auf Montag von 9.00 Uhr bis 11.00 Uhr angesetzt. Es können aber auch andere Termine vereinbart werden. Je nach Anfall wird sich der Aufwand für unseren Vizebürgermeister auf 4 – 6 Stunden pro Woche belaufen.

Bürgermeister Armin Berchtold steht künftig für Terminvereinbarungen am Donnerstag Vormittag nicht mehr zur Verfügung. Die Änderung der Bezüge verursachen der Gemeinde keine Zusatzkosten.

Marlis Sejkora stellt an die Gemeindevertretung den Antrag, gemäß Berechnung des Gemeindeverbandes, die Gehälter von Bürgermeister und Vizebürgermeister, ab 1. Februar 2017 neu festzulegen. Ausgehend vom Landesratbezug sollen Bürgermeister Armin Berchtold 42,55% und Vizebürgermeister Mag. Markus Flatz 5,56% von dieser Bemessungsgrundlage als Bruttolohn erhalten.

Bürgermeister und Vizebürgermeister nehmen an der Abstimmung nicht teil. Der Antrag von Marlis Sejkora wird von der Gemeindevertretung einstimmig genehmigt.

5. **Umwidmungen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind 2 StimmenzählerInnen erforderlich. Markus Strolz und Marga Knauseder übernehmen die Auszählung der Stimmen.

a) Antrag auf Umwidmung von Georges Trinquand für Grundstück 2257/9 von Bau-Wohngebiet nur Ferienhäuser (BW Fn) in Bau-Wohngebiet (BW)

Die Gemeindevertretung hat mit einstimmigem Beschluss vom 28.11.2016 der Durchführung des Anhörungsverfahrens zum Umwidmungsantrag von Georges Trinquand für Grundstück 2257/9 einstimmig zugestimmt. Mit Schreiben vom 30.11.2016 wurden die Anrainer und öffentlichen Dienststellen über die geplante Widmungsänderung informiert und zur Abgabe einer Stellungnahme eingeladen. Stellungnahmen sind eingelangt vom AdVLR (Abteilung Raumplanung) vom 6.12.2016, der Wildbach- und Lawinenverbauung vom 13.12.2016 und der Wassergenossenschaft Vorderthalb vom 16.12.2016. Diese werden der Gemeindevertretung zur Kenntnis gebracht. Ergänzend wird festgehalten, dass das Gebäude „Spital 773" an das Schmutzwasserkanalnetz der ARA Schwarzenberg angeschlossen ist. Der Flächenwidmungsplanausschuss ist auf seiner Sitzung vom 9. Jänner 2017 einstimmig übereingekommen, gegenständlichen Umwidmungsantrag der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung (zweite Stufe des Genehmigungsverfahrens) vorzulegen.

Antrag des Flächenwidmungsplanausschusses, das Grundstück 2257/9 zur Gänze (181 m²) von Bau-Wohngebiet nur Ferienhäuser (BW Fn) in Bau-Wohngebiet (BW) zu widmen. Die schriftliche Abstimmung ergibt ein Stimmenverhältnis von 18 Ja-Stimmen (einstimmig).

b) Antrag auf Durchführung des Auflageverfahrens zur Änderung der Bezeichnung der Vorbehaltsflächen auf Grund der neuen Planzeichenverordnung

Gemäß Planzeichenverordnung sind die Flächenwidmungspläne hinsichtlich der Widmungsflächen „Vorbehaltsflächen" an die neuen Anforderungen anzupassen. Hintergrund dieser Maßnahme ist die Vereinheitlichung und Reduktion der Zahl der Begriffe bei Vorbehaltsflächen. Gab es bisher beispielsweise die Abkürzungen VS für Volksschule, KI für Kindergarten, so gibt es nunmehr für diese Bildungseinrichtungen nur mehr die Bezeichnung „be" (Kleinbuchstaben). Die rund 118 Vorbehaltswidmungsbezeichnungen wurden nunmehr in 12 Bereiche zusammengefasst und mittels Verordnung erlassen.

In unserer Gemeinde gibt es mehrere als Vorbehaltsflächen gewidmete Bereiche. Daher sind folgende Änderungen erforderlich:

Bereich	Widmung alt	Widmung NEU
Kirche	KI	ko (konfessionelle Einrichtung)
Friedhof	FH	fh (Friedhof)
Stellfläche Kirchplatz	ST	vi (Verkehr und Infrastruktur)
Totenkapelle	TK	ko (konfessionelle Einrichtung)
Gemeindeamt	GA	öv (öffentliche Verwaltung)
Volksschule	VS	be (Bildungseinrichtung)
Gemeindesaal	GS	ke (kulturelle Einrichtung)
Kindergarten	KG / fällt als VF weg	

Bürgerheim	AH	se (soziale Einrichtung)
Museum	MU	ke (kulturelle Einrichtung)
Bauhof	neu (bisher keine VF)	öv (öffentliche Verwaltung)
Feuerwehr	FE	rd (Rettungs- Sicherheitseinrichtun)
Schwimmbad	FB	sf (Sport- und Freizeiteinrichtung)
ARA	AR	ev (Entsorgung und Versorgung)
Stellfläche Haldenlift	ST	vi (Verkehr und Infrastruktur)

Der Flächenwidmungsplanausschuss kommt einstimmig überein, gegenständliche Anpassungen im Flächenwidmungsplan der Gemeindevertretung hinsichtlich Beschlussfassung Durchführung Auflageverfahren (erste Stufe des 2-stufigen Genehmigungsverfahrens) vorzulegen. Beim Auflageverfahren werden die geplanten Änderungen der Öffentlichkeit zur Einsichtnahme auf dem Gemeindeamt aufgelegt (Kundmachung Amtstafel). Die Auflage hat über einen ganzen Monat zu erfolgen. Die öffentlichen Dienststellen werden darüber schriftlich informiert. Die Pfarre, Pius Metzler und Dr. Xaver Greber werden als Betroffene über das Auflageverfahren informiert. Die restlichen Liegenschaften befinden sich im Eigentum der Gemeinde.

Antrag des Flächenwidmungsplanausschusses zum gegenständlichen Antrag das Auflageverfahren durchzuführen. Marga Knauseder beantragt eine Abstimmung per Akklamation zu diesem Tagesordnungspunkt, der einstimmig genehmigt wird. Der Antrag des Flächenwidmungsplanausschusses wird per Akklamation, einstimmig genehmigt.

c) Antrag auf Durchführung des Anhörungsverfahrens zum Umwidmungsantrag von Hubert Peter für die Grundstücke 10524/3 und 10524/4

Manuela und Hubert Peter konnten mit Marco Rusch einen Käufer für das erste Grundstück finden. Die geplante Bebauung von Herrn Rusch macht es allerdings erforderlich, die Grundstücke und die Widmung etwas zu verschieben. Das zweite Grundstück ist bereits seit längerem an Angelika Valverde verkauft. Grundsätzlich ist die Ergänzungswidmung für den Flächenwidmungsplanausschuss vorstellbar. Für die endgültige Widmung durch die Gemeindevertretung ist zumindest ein Vermessungsplanentwurf eines Vermessungsbüros, sowie bei der Baubehörde genehmigungsfähige Einreichprojekte für die beiden Bauprojekte vorzulegen.

Die aktuelle Vermessung des Büros Ender mit der Zahl 2384-15 vom 10.12.2015 weist das Grundstück 10524/3 mit 692 m² und das Grundstück 10524/4 mit 623 m² aus. Für beide Grundstücke liegt ein Umwidmungsantrag vor. Vizebürgermeister Mag. Markus Flatz hält fest, dass das Gebäude „Valverde" in Richtung Kurve Güterweg „rutschen" soll, damit das Gebäude weiter weg vom Waldrand kommt.

Antrag von Bürgermeister Armin Berchtold, das Anhörungsverfahren zu den Anträgen von Hubert Peter für die Grundstücke 10524/3 mit ca. 730 m² und das Grundstück 10524/4 mit ca. 700 m² von Freifläche Landwirtschaft in Bau-Wohngebiet durchzuführen. Das Anhörungsverfahren wird auf Grundlage des aktuellen Vermessungsplanes und der im Bebauungsplan Rusch eingetragenen Änderungen durchgeführt. Für die endgültige Beschlussfassung der Umwidmung sind zumindest ein Vermessungsplanentwurf und genehmigungsfähige Einreichprojekte, sowie die Anträge auf Optionsvereinbarungen mit genauer Quadratmeterangabe für die beiden Bauprojekte vorzulegen. Manuela Steiner-Peter ist befangen und nimmt an der Abstimmung nicht teil. Der schriftliche Antrag ergibt ein Stimmenverhältnis von 16 Ja und 1 Nein Stimme.

d) Antrag auf Durchführung des Anhörungsverfahrens zum Umwidmungsantrag von Tobias Kaufmann für Grundstück 10481

Auf der Gemeindevertretungssitzung am 19.12.2016 wurde der Antrag auf Durchführung des Anhörungsverfahrens zum gegenständlichen Antrag vertagt, um eine zweite Zufahrt in das Gewerbegebiet zu prüfen. Derzeit ist geplant, dass Tobias Kaufmann einen 20 m breiten Streifen an die Firma Wälderbau verpachtet. Ungefähr die gleiche Fläche erhält er von Artur Greber zur Bewirtschaftung. Bgm. Armin Berchtold sieht die Notwendigkeit, dass der Weg um mindestens 2 m verbreitert werden muss, welches auch von Artur Greber auch so gesehen wird. Tobias Kaufmann kann die nächsten 7 Jahre keine Fläche verkaufen (erbrechtliche Gründe).

Damit sich die Gemeinde eine künftige Zufahrtsverlängerung sichert, soll die bestehende Zufahrtsstraße, die im Eigentum der Gemeinde ist, verlängert werden. Ergänzend zum vorhin angeführten Sachverhalt kann berichtet werden, dass bei der Abschlussbesprechung „Gewerbegebiet Dorn" am 3.12.2008 mit den damals aktuellen Grundeigentümern des Gewerbegebietes vereinbart wurde, dass bei einer weiteren Widmung in Richtung Nordosten (Tobias Kaufmann, Artur Greber) diese Flächen in die Abrechnung der Erschließungskosten mit einzubeziehen sind. Damals wurde ein Erschließungsbeitrag in Höhe von € 7,76 in Rechnung gestellt. Die Gesamtkosten in Höhe von € 173.875,27 werden durch die neue, gesamte Widmungsfläche im Gewerbegebiet Dorn geteilt. Der daraus resultierende Differenzbetrag ist an die seinerzeitigen Zahler zu refundieren und von denen, die Widmungsfläche erhalten haben, zu kassieren.

Im Jahr 2015 gab es eine Anpassung der bestehenden BB I Widmung im Gewerbegebiet an den Gefahrenzonenplan der WLV. Daraus resultiert, dass Werner Metzler zusätzliche Widmungsfläche im Ausmaß von 1.857 m² (GST 6821/10, 6821/8 und 6821/1) die Firma Wälderbau im Ausmaß von 874 m² (GST 10479 und 10480) und die Firma Comper Verputz im Ausmaß von 256 m² (GST 6821/4) erhalten haben.

Folgende Flächenausmaße wurden 2008 verrechnet:

Werner Metzler	4.781 m²	6821/1, 6821/8, 6821/12
Herbert PETER	1.336 m²	6821/4
Kurt Mathias	2.447 m²	6821/5
Amann Kaffee	4.593 m²	6861/2
Benedikt Zündel	1.200 m²	6821/6
Leopold Comper	997 m²	6821/7
Ulrike Berchtold	675 m²	6821/9
Wälderbau	4.502 m²	10479, 10480

Neben den Flächen wurde auch das Steueraufkommen (Kommunalsteuer und Tourismusbeitrag) der 8 Firmen des Gewerbegebietes in den Jahren 2011 bis 2015 erhoben.

Gesamtsteueraufkommen		
Metzler Bau GmbH	84.933,35	
BENE Fenstertechnik GmbH	40.048,64	
Herbert Peter Dachdecker GmbH	28.655,13	
Mathis	21.497,12	
WÄLDERBAU Dragaschnig GmbH	261.953,02	
BGV Bohrtechnik GmbH	65.571,74	340.625,65
Wälderbau Erdwärme GmbH	13.100,89	
Amann Kaffee GesmbH.	31.816,71	
Berchtold Feinkost GmbH	17.742,50	
Comper Verputz KG	18.447,49	
	583.766,59	

58% des Steueraufkommens für die Gemeinde Schwarzenberg aus dem Gewerbegebiet stammt von Wälderbau, BGV Bohrtechnik und Wälderbau Erdwärme.

Der Gemeindevorstand hat am 10.1.2017 ausführlich über das Beratungsergebnis des Flächenwidmungsplanausschusses in dieser Angelegenheit beraten. In weiterer Folge kam es zu einer Besprechung mit Herbert Greber mit dem Gemeindevorstand (nicht dabei war Marlis Sejkora) und Bürgermeister Armin Berchtold. Das Besprechungsergebnis wurde in einem Aktenvermerk festgehalten. Dieses Ergebnis mündete dann in einem Vereinbarungsentwurf hinsichtlich der angestrebten Verlängerung der Zufahrt mit der angesprochenen Wenn – Dann Formulierung. Bei diesem Entwurf müssen noch mit dem Vereinbarungspartner verschiedene Punkte abgestimmt und eingearbeitet werden. Unter anderem muss auch noch die Freihaltung von jeder Bebauung eines 2 m breiten Streifens entlang der Zufahrtsstraße für Leitungsführungen berücksichtigt werden.

Vizebürgermeister Mag. Markus Flatz ergänzt die Ausführungen des Bürgermeisters dahingehend, dass es mehrere Gespräche gab und dass die angestrebte Vereinbarung in die Wege geleitet wurde (Wenn-Dann-Vereinbarung). Er bittet, dem Gemeindevorstand das notwendige Vertrauen entgegenzubringen, dass die Vereinbarung entstehen wird. Aus seiner Sicht ist ein zeitlicher Druck gegeben, da Baumaßnahmen geplant sind und diese bewilligt werden müssen. Für ihn ist das Anhörungsverfahren dazu da, um solche Punkte abzuklären. Er befürwortet die Durchführung des Anhörungsverfahrens.

Für Franz-Anton Kaufmann muss es eine fixe Sache sein, dass die Straßenerweiterung kommt. So zumindest wurde die Angelegenheit im Flächenwidmungsplanausschuss besprochen, wo er auch Mitglied ist. Aus seiner Sicht dürfen keine weiteren Fehler gemacht werden. Die diesbezügliche Sicherheit muss da sein. Lothar Sieber sieht die Erweiterung des Gewerbegebietes am geplanten Standort grundsätzlich sinnvoll. Er befürwortet die Durchführung des Anhörungsverfahrens und sieht aber gleichzeitig die Notwendigkeit, dass für die endgültige Widmung eine Sicherheit gegeben sein muss. Ing. Klaus Lang weist darauf hin, dass 2004 in diesem Gremium ein Fehler passiert ist und jetzt die Chance besteht eine Erschließung zu sichern bzw. zu „reparieren" (grundbücherlich sicherstellen). Bürgermeister Armin Berchtold erläutert die derzeitige Situation hinsichtlich umkehren von LKW, Schneeräumung und der Pumpstation auf Grund und Boden von Wälderbau. Herbert Düringer betont, dass die Firma Wälderbau entgegenkommend ist, die Situation mit der Zufahrtsstraße aber nicht wirtschaftsfreundlich ist. Vielleicht kommt die angestrebte Vereinbarung erst in 30 oder 40 Jahren zum Tragen. Mit Erpressung sieht er eine Reparatur durch eine Vereinbarung als nicht möglich an. Erpressung führt seiner Meinung nach eher dazu, dass der größte Steuerzahler unserer Gemeinde Überlegungen über alternative Standorte in anderen

Gemeinden macht (Egg, Hittisau, Bezau, …). Hans Metzler als einer der Wenigen politisch noch Aktiven, die 2004 beim Fehler der Zufahrt (Sackgassenfehler) mitgewirkt haben, sieht die Notwendigkeit, dass die Wegsituation jetzt verbessert werden kann. Die Zeiten werden sich verändern und eventuell steht einmal ein Firmenverkauf an. Er bittet darum, dass mit der Firma Wälderbau eine Lösung gesucht wird. Er sieht allerdings nicht, dass Wälderbau wegen dieser Umwidmungsangelegenheit gleich abwandern wird, da Gewerbeflächen äußerst rar sind. Über die finanzielle Komponente der Vereinbarung sollte seiner Meinung nach nicht nachgedacht werden. Er wünscht sich die Durchführung des Anhörungsverfahrens und eine klare Aussage für eine positive Widmung. Aus seiner Sicht sollte die nicht zufriedenstellende Situation für die Gemeinde gelöst werden. Für Hans Metzler muss die Vereinbarung bei der endgültigen Umwidmung vorliegen. Aus seiner Sicht gesehen hat niemand etwas gegen Wälderbau. Anton Greber bemerkt, dass es derzeit „nur" um ca. 1.200 m² Widmungsfläche geht. Die Problematik und Tragweite wäre wesentlich größer, wenn 2 Hektar umgewidmet werden sollten. Es handelt sich hier um eine kleine Fläche im Verhältnis zur Gesamtfläche. Für ihn ist wichtig, dass immer das Gespräch gesucht werden soll und muss. Man braucht einander. Aus Sicht von Ing. Andreas Wolf plant Wälderbau die Errichtung einer Halle und die Verlegung des Holzlagerplatz auf die neu gepachtete Fläche. Er kann sich daher für die Pachtfläche eine Widmung als „Sonderfläche Holzlagerplatz" vorstellen. Nach Klärung mit dem als Zuhörer anwesenden Herbert Greber kann festgehalten werden, dass auch hier eine Bebauung geplant ist. Die Betriebsgebietswidmung ist daher auch auf der Pachtfläche erforderlich.

Bürgermeister Armin Berchtold ist es ganz wichtig, dass miteinander eine gute Lösung angestrebt wird und nicht das bisher gute Einvernehmen auf Spiel gesetzt wird. Antrag von Bürgermeister Armin Berchtold auf Durchführung des Anhörungsverfahrens von Tobias Kaufmann für die Umwidmung einer Teilfläche von rd. 1.200 m² aus GST 10481 von Freifläche Landwirtschaft (FL) in Betriebsgebiet (BB I).

Vizebürgermeister Mag. Markus Flatz erklärt sich auf Grund des verwandtschaftlichen Naheverhältnis zum Antragsteller und Grundbesitzer (Cousin) für befangen (siehe Vlbg. Gemeindegesetz). Josef-Anton Schmid als Mitarbeiter der Firma Wälderbau ist ebenfalls befangen. Die schriftliche Abstimmung ergibt ein Stimmenverhältnis von 16 Ja-Stimmen (einstimmig).

e) Antrag auf Durchführung des Anhörungsverfahrens Bebauung Freien (Hans Metzler für Grundstück 10476 und Ludwig Kohler Grundstück 10459/1)

Antrag Hans Metzler

Für den Umwidmungsantrag von Hans Metzler für das Grundstück 10476 wurde von der Gemeindevertretung am 18.4.2016 der mehrheitliche Beschluss gefasst, das Anhörungsverfahren durchzuführen. Im Zuge der Anhörung hat die Abteilung Raumplanung die ursprüngliche vorgesehene Bebauung negativ beurteilt (drehen des Firstes). Die weiteren Beratungen haben ergeben, dass unter Einbeziehung des Grundstückes 10459/1 von Ludwig Kohler, ein Teilbebauungsplan für den Ortsteil Freien erstellt werden soll. Dieser Teilbebauungsplan wurde eingereicht. Dabei wird von Grundstück 10459/1 (Ludwig Kohler) eine Teilfläche von ca. 265 m² an das Grundstück 10476 (Hans Metzler) abgetrennt und verkauft. Dadurch kann der First des geplanten Gebäudes gedreht werden.

Der Flächenwidmungsplanausschuss sieht die geplante Bebauung positiv. Für den

	Bebauungsplan „Freien" soll ein neues Anhörungsverfahren gemacht werden. Für die endgültige Widmung durch die Gemeindevertretung ist für die Bau-Mischgebietserweiterung auf Grundstück 10476 (Hans Metzler) ein genehmigungsfähiges Einreichprojekt und ein Vermessungsplanentwurf eines befugten Vermessungsbüros vorzulegen. Die Grundteilung muss vom Gemeindevorstand in Aussicht gestellt werden. **Antrag Ludwig Kohler** Die Durchführung des Anhörungsverfahrens, zur Widmung in Bau-Wohngebiet Bauerwartungsland soll aus Sicht des Flächenwidmungsplanausschusses der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Vorkaufsrecht für die Gemeinde Schwarzenberg und Reihenfolge der Bebauung soll mit Optionsvereinbarung geregelt werden. Dies ist bis zur endgültigen Widmung in Bauerwartungsland vorzulegen. Ing. Andreas Wolf weist darauf hin, dass im Bereich der Geländekante eine Druckleitung und ein Steuerkabel der Wassergenossenschaft Schwarzenberg Vorderthalb vorhanden sind. Aus seiner Sicht sollten die Gebäude und die Widmungslinie so weit als möglich von der Geländekante abgerückt werden. Herbert Düringer sieht die Notwendigkeit, dass das geplante Gebäude von Hans Metzler so weit als möglich zurückgesetzt werden soll. Hans Metzler ist befangen und nimmt an der Abstimmung nicht teil. Antrag des Flächenwidmungsplanausschusses zu den gegenständlichen Anträgen von Hans Metzler (Widmungserweiterung GST 10476 und Teilfläche Zukauf mit rd. 560 m²) von Freifläche Landwirtschaft (FL) in Bau-Wohngebiet (BW) und Ludwig Kohler (GST 10459/1 mit rd. 2.189 m²) von Freifläche Landwirtschaft (FL) in Bau-Wohngebiet Bauerwartungsland (BW) – Bebauung Freien – das Anhörungsverfahren durchzuführen. Die schriftliche Abstimmung ergibt ein Stimmenverhältnis von 17 Ja-Stimmen (einstimmig).
6.	**Allfälliges** <u>Sitzungstermine jeweils um 20.00 Uhr</u> ❖ Bauausschuss – Montag, 23. Jänner 2017 ❖ Arbeitsgruppe Sonnhof – Mittwoch, 25. Jänner 2017 ❖ Gemeindevorstand – Dienstag, 7. Februar 2017 ❖ Gemeindevertretung – Montag, 20. Februar 2017 Einladung zur Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr am Freitag, 27. Jänner 2017 im Feuerwehrhaus. Alle GemeinevertreterInnen sind herzlich eingeladen. Wasserknappheit Enethalb und Vorderthalb – E-Mail von Gerhard Sutterlüty vom 9.1.2017 und Ing. Andreas Wolf vom 10.1.2017. Gerhard Sutterlüty berichtet von so wenig Zulauf wie noch nie. Da die Laufbrünnen größtenteils abgedreht werden konnten, ist die Versorgung derzeit wieder gewährleistet und die Löschwasserversorgung nur eingeschränkt möglich. Ing. Andreas Wolf berichtet, dass 2005 die gleiche Situation gegeben war. Bis 20. März musste damals gewartet werden, bis sich der Zulauf wieder gebessert hat. Vorderthalb ist in der glücklichen Lage, dass

	eine sehr gute Behältersituation vorhanden und ein dichtes Leitungsnetz gegeben ist. Bürgermeister Armin Berchtold richtet seinen persönlichen Dank an die beiden Obmänner für ihr Engagement und Einsatz. Wasser ist enorm wichtig und keine Selbstverständlichkeit. Ing. Klaus Lang erinnert die Gemeindevertretung an den gefassten Beschluss hinsichtlich Schulerhalterbeiträge beim im Bau befindlichen Neubau der Mittelschule Egg. Hans Metzler berichtet von Funkstille seit der letzten Sitzung (kein Protokoll). Sein letzter Stand ist die Umsetzung der Schulerhalterbeiträge in der geplanten Form. Marlis Sejkora berichtet, dass bis auf eine Frau alle Flüchtlinge in die Städte verzogen sind. Die weitere Entwicklung ist derzeit nicht absehbar. Abschließend verteilt Bürgermeister Armin Berchtold einen Artikel aus „Die Welt" vom 30.12.2016 in welchem über die 20 schönsten Konzertsäle der Welt berichtet wird. Unter anderem wird auch über den Angelika-Kauffmann-Saal berichtet. Mit dem Dank des Bürgermeister für die konstruktive Abarbeitung der heutigen, umfangreichen Tagesordnung, wird die Sitzung geschlossen.

Bgm. Armin Berchtold

Protokollfertiger Josef Behmann